

Sturmzeichen in Newyork

Milliardenverluste an der Börse — Hunderttausende Kleiner Existenzen vernichtet — Vorboten der Wirtschaftskrise der USA — Verheerender Kampf um den Weltmarkt

Die New Yorker Börse, die bereits am Donnerstag voriger Woche einen sogenannten schwarzen Tag erlebte, hatte gestern wiederum einen Tag heillosen Kursturz zu verzeichnen. Die Kurse gingen in die Milliarden, da durch panische Massenverluste von Aktien und durch die Weigerung der Banken, zur Intervention durch Stabilisierung der Kurse zu scheitern, der Wert der Papiere rapid sank. Offenbar ist der erste Stützungsversuch durch Banknoten durch den schwarzen Donnerstag des vorigen Woche ungenügend gewesen. Der Vorwärtsdrang, der Hunderttausende Kleinbörser vernichtet und die kleinen Spekulanten des Mittelstandes ruiniert hat, ist zweifellos von den Großbanken vorausgesehen und ihrerseits in einer großzügigen Spekulation ausgenutzt worden.

In Verlaufe dieser Vorgänge an der New Yorker Börse ist auch die Berliner Börse hart in Mitleidenschaft gezogen worden. Es trat ein Kursrückgang bis zu 10 Prozent ein, und die Kurse deutscher Werte sanken unter die Kurse in Amerika.

Wenn nicht alle Ansichten trügen, geht die jahrelange, seit dem Krieg bestehende, kaum jemals ernstlich unterbrochene Wohlstandskrise der amerikanischen Wirtschaft ihrem Ende entgegen. Der Umfang des Porzellanbruchs zeigt die ernste Veränderung der wirtschaftlichen Lage in den Vereinigten Staaten nicht nur auf. Studien, wie sie sich auf dem Baumarkt und beim Abfall der Eisenindustrie in der letzten Zeit bemerkbar gemacht hatten, deuten das Ende dieser Wohlstandskrise an. Auch der gewaltig entwickelte amerikanische Kapitalismus steht auf der Abwärtsbahn auf dem Weltmarkt und umringelt die Bourgeoisie der USA zu verstärktem Ausverkauf auf die Erhaltung der Arbeiterklasse. Die Prämie der innerstaatlichen Ausdehnung der amerikanischen Produktion, der reichen Vermögensklassen in den westlichen Industrien wurde durch den Heberflut auf dem amerikanischen Welt- und Kapitalmarkt immer mehr beschleunigt. Die steigende Kurve der amerikanischen Banken löst den Kapitalmarkt der ganzen Welt an die New Yorker Börse. Der Kurs sinkt, unter dem Druck der veränderten wirtschaftlichen Lage, eine schreckliche Ernüchterung ein.

Es ist klar, daß sich diese Vorgänge auch für die europäischen Wirtschaftskrisen auswirken werden, insbesondere für Deutschland, wo die Verbindung wichtiger Industriestrukturen mit amerikanischem Kapital gerade in der letzten Zeit stark zugenommen hat. Die beginnenden Abwärtsbewegungen für das amerikanische Kapital zwingen die europäischen USA, die neue Kapitalstruktur jenseits der Ozeane bisher zur Niedertreibung der augenblicklichen Konjunktur zu verwenden.

Vergebliche Entlastungsmanöver

der korruptierten SPD vor dem Klaren-Ausschuß

Berlin, 30. Oktober. (Eigene Drahtmeldung.)

Der vom Reichlichen Landtag auf Antrag der Kommunisten angekündigte Ausschuss zur Überprüfung der Wirtschaftspolitik in der Berliner Stadtverwaltung, der Klaren-Ausschuß, nahm gestern unter dem Vorsitz des Genossen Schwant seine Arbeit auf. Die SPD vertritt den Untersuchungs-ausschuß zu Entlastungsmanövern für ihre korruptierten Funktionäre und versucht, durch die Arbeit, nachdem sie weiß gegen die Wahl des Genossen Schwant als Vorsitzenden keinen Einspruch erhoben hat, endlich gegen den Vorsitz des Genossen Schwant zu protestieren, weil Schwant Mitglied des Kreditausschusses der Stadtbank ist.

Für die gegenwärtige Furcht vor weiteren Enthüllungen macht die SPD die Unklarheit geltend. Die SPD weiß genau, daß für die Klaren-Ausschüsse der etwa dafür eingeleitete Sonderausausschuß verantwortlich ist. Aber in diesem Sonderausausschuß, der sozialdemokratische Stadträte wie Müller, der die Schwandbeziehung des Klaren-Ausschuß bewilligt hat, Selbst der Oberpräsident mußte deshalb von dem Sozialdemokraten Müllermann die Niederlegung seines Amtes fordern.

Als es sich darum handelte, Tatladungen festzustellen bei der Vernehmung des Vaters der Berliner Klaren-Ausschüsse, des Oberbürgermeisters Schallbach, der gestern als erster Junge von dem Untersuchungsausschuß vernommen wurde, magte die SPD nicht eine einzige Frage an den Zeugen zu stellen. Nachdem beantragt wurde, weitere Zeugen zu vernemen, die Schallbach benannt hatte, erließ die SPD Protest, weil durch diese Zeugen die Korruption ihrer eigenen Mitglieder bewiesen werden würde.

Oberbürgermeister Schallbach ging ausführlich auf die Entwicklungsrichtung der Klaren-Ausschüsse und der Klaren-Ausschüsse ein. 1930 übernahm die Stadt Berlin

Der Bauplan, die politische Plattform für die amerikanische ökonomische Tätigkeit in Europa, wurde vom deutschen Finanzkapital mit der Hoffnung begrüßt, man könne dadurch, daß man sich der amerikanischen Kontrolle unterstellt und gemeinsam die Ausbeutung des deutschen Proletariats vornimmt, der Spannung der amerikanischen Kapitaleinfuhr nach Deutschland teilhaftig werden. Die neu auftretenden ernsten wirtschaftlichen Schwierigkeiten für das amerikanische Kapital werden so der Anlaß zu einer verheerenden Durchführung der im Bauplan niedergelegten Kapitalsozialpolitik gegen das deutsche Proletariat im Verlaufe der Durchführung des Bauplanes werden.

Sozialfaschistischer Gewaltstreik gegen Berliner Zimmerer

Das Gewerkschaftsbüro polizeilich befehlt

Berlin, den 31. Oktober.

Die sozialfaschistischen Gewerkschaftspaltes haben heute einen neuen Schreckenstreik verübt.

Heute erschien ein Beauftragter des Hauptvorstandes des Zimmererverbandes mit zwei Schutzpolizisten und einem Kriminalbeamten auf dem Büro des Berliner Zahlstellenverbandes, erklärte den Zahlstellenvorstand als abgelehnt und schloß das Büro, das nun unter polizeilicher Bewachung steht. Der Zahlstellenverband wurde unter brutaler Weise aus dem Büro herausgeworfen.

Schon vor einigen Tagen hatte die sozialfaschistische Bürokratie der Arbeiterbank dem Zahlstellenverband die vom ihm deponierten Gelder gesperrt. Die Direktion der Arbeiterbank hat also die politische Aktion gegen die Berliner Zimmerer eingeleitet und die von ihnen deponierten Gelder einfach gesperrt. Doch ist der größte Teil der Zahlstellengelder in anderen Banken übergestellt.

Als Vorwand für die Polizeiaktion nimmt die sozialfaschistische Gewerkschaftsbürokratie die Bemerkung von 25000 Mark durch die Berliner Zimmerer für die Unterstützung der Kohleger.

Die Berliner Zimmerer werden den unerhörten sozialfaschistischen Streik gebührend beantworten.

Die Reformisten erklärten sich am Tag zu Tag mehr als Helfershelfer der Sozialbourgeoisie und bewiesen durch ihre Praxis, daß sie nach dem Vorbild Mussolinis entschieden sind, die Kampforganisationen der Arbeiter, die Gewerkschaften zu zerschlagen. Wie die Vermittlung von Streikbrechern, die

Stürmische Gegenkundgebung bei Böh's Ankunft

Berlin, 1. November. (Eig. Drahtmeldung.)

Am gestern 21.20 Uhr der immer noch Oberbürgermeister Böh im Sonderzug betreten in Berlin an dem, wurde er im Bahnhof durch Hunderte von Arbeitern mit Pfirsuchen empfangen. Raum war er mit seiner Frau und seinem Begleiter ausgefüllt, als hürnische Rufe erklangen: „Schieber! Betrüger! Sklareffreund!“

Plötzlich erschien die Schupo auf dem Bahnhofsplatz und räumte ihn mit größter Brutalität. Das reichte aber nicht, denn vor dem Bahnhof wurden noch viel größere Mengen, die in nicht endenwährender Pfirsuchen ausbrachen, als Böh erwich. Er und seine Begleitung verdrückten sich schnell in ein Auto. Noch während es abfuhr, erklangen die Pfirsuchen: „Abrechnung mit dem Schiebermagistrat und dem Schieberbürgermeister am 17. November!“

Meberfälle auf Streikspalten der kämpfenden Kohleger, ist dieser Heberflut auf die Büros der Berliner Zimmerer ein sozialistischer Schandstreik, der einem Massenstreik der Besiegten beginnt. Die Arbeiter in den Betrieben müssen mit der Organisation gegen die Zerschlagung der Gewerkschaften ankämpfen und den sozialfaschistischen Lokalen der Kapitalisten das Handwerk legen.

Der Zweck der Hebung ist ganz klar: Im nächsten Frühjahr laufen eine Reihe von Tarifverträgen ab. Bis dahin haben die Reformisten die Aufgabe sozial organisatorische Zerstückelung der Arbeiter zu leisten, daß es den Arbeitern unmöglich sein wird, die Lohnkämpfe erfolgreich durchzuführen.

Die Reformisten werden sich verfaulen lassen. Die Arbeiter müssen sich um die revolutionäre Opposition, um so ihre Lohn- und Arbeitsbedingungen erfolgreich führen zu können. Besonders der

Reichsfeder der revolutionären Gewerkschaftsopposition am 30. November und 1. Dezember in Berlin

wird der Ausgangspunkt eines verstärkten Kampfes um die Erfüllung der Forderungen der Arbeiterklasse sein. In allen Betrieben, in den öffentlichen Zahlstellen der Gewerkschaften müssen die Arbeiter die sozialistische Zerstückelung der Reformisten beantworten mit der Wahl von Delegierten zum Reichsfeder der revolutionären Gewerkschaftsopposition.

Börgiebels Blutschuld gerichtlich festgestellt

Berlin, 1. November. (Eig. Drahtmeldung.)

Gestern fand im Kriminalgericht in Mosbit der Verurteilungsprozess gegen das Urteil der ersten Instanz statt, in der 3 Reichskammer der Rote Fähr, die Genossen Werner Fähr, Albert Norden und Schrader, zu je 6000 RM Geldstrafe verurteilt worden waren. Das Gericht, unter Vorsitz des Landgerichtspräsidenten Pömmel, fällte nach mündlicher Verhandlung das Urteil auf Freispruch des Gen. Schrader, weil dieser zwar formell verantwortlich für die Rote Fähr gezeichnet hatte, durch Krankheit aber von jeglicher Mitarbeit ausgeschlossen war. Die Genossen Fähr und Norden wurden zu 600 RM Geldstrafe verurteilt. Vertreter für die Staatsanwaltschaft war der Staatsanwaltschaftsrat Schönhoff. In der Urteilsbegründung wurde ausdrücklich festgestellt, daß die Rote Fähr, deren verantwortliche Redakteure keineswegs für die blutigen Vorgänge nach dem 1. Mai verantwortlich gemacht werden können. Dadurch wird die bedeutende Herabminderung der Strafmaßes für die Blutschuld Börgiebels an den 33 Majoern gerichtlich festgestellt. Damit hat selbst das bürgerliche Gericht unter dem vernichtenden Feuer der Anklagereden unserer Genossen festgestellt, daß die Opfer, die durch die Folgebüchse Börgiebels, die in den Wälgern 33 Verdächtige verurteilt hat, auf das Fährer getreten haben, auf das Schuldkonto Börgiebels und seiner Partei fallen, daß sie das Resultat der bewährten Fractionen der Sozialdemokratie sind.

Arbeiter beraten die Gegenmaßnahmen

„Rote Fähr“ fordert zur Selbstverteidigung auf

Wien, 31. Oktober. (Inpretor, Meldung.)

Die Heimwehren halten Stoderau noch befehlt. Die Rote Fähr (Wien) gab anlässlich der Ereignisse von Stoderau eine Extraausgabe heraus, in der festgestellt wird, daß der Mann der Heimwehren auf Stoderau der Aufruf zur Errichtung der sozialistischen Diktatur ist. Die Rote Fähr ruft die Arbeiter auf, auf der Straße gegen den Faschismus zu demonstrieren, sofort in den politischen Massenstreik zu treten, die Faschisten zu entwaffnen, sich selbst zu bewaffnen und Arbeiterräte zu bilden. Der Staatsanwalt hat diese Extraausgabe sofort wegen Hochverrat beschlagnahmt lassen.

Um 15 Uhr vertieg die Arbeiterklasse alle Fabriken und versammelte sich auf den Straßen und in verschiedenen Lokalen der Arbeiterorganisationen. Für die Abendstunden sind Konferenzen anberaumt, in denen beschlossen werden soll, ob die Arbeit morgen früh ausgenommen wird, oder ob die Arbeiterklasse in den Generalstreik tritt. Die Fabrikbesitzer wollten der Arbeiterklasse ein Ultimatum: Entweder Zulassung der drei Heimwehrenmitglieder zur Arbeit oder Schließung der Betriebe.

Vom Tage

Ein Flugzeug in ein Haus gestürzt

In Berlin. Nach einer Wiener Meldung des Völkischen Kampfes aus Hermannstadt (Siebenbürgen) stürzte in Lorenz Beerin ein Passagierflugzeug, das sich nach Bukarest unterwegs befand, bei einem Notlandungsversuch aus 300 Meter Höhe mitten über der Stadt ab und fiel auf ein Wohnhaus, das es durchschlagte. Dabei fing der Apparat Feuer. Der Pilot und ein Passagier kamen in den Klammern um. Das Flugzeug wurde völlig zerstört.

Einjurztunglüd bei einer Totenfeier

In Mailand. Bei einer Totenfeier in Aragnano bei Carrara stürzte der Fußboden des Aufzugsraumes ein. Die Leiche und 22 Personen wurden in die Tiefe geschleudert. Die Trümmern wurden sieben Schwer- und fünf Leichtverletzte geborgen.

Witterungsaussichten: Zunächst noch starke Remittanz und vereinzelte Neigung zu Nebel und Sprühhregen. Am 1. Oktober Verkauf übergehend zu verminderter Bewölkung. Solare Wärme aufwärts, Föhn- oder Nachtschlag. Temperaturunterschiede werden vermindert. Abwärts abwärts. Geringe mögliche bis frische Wind aus nördlichen Richtungen.

Ruhhandel um die Zusammenfassung der bürgerl. Reaktion

Angehens des bevorstehenden definitiven Ernennung des Reichspräsidenten Kurtius zum Außenminister hat vor und hinter der Kulissen eine lebhaft „Kochschüssel“ über die dabei möglich gewordenen Verhältnisse verhandlungen eingeleitet, aber, um es einfach auszudrücken, Zentrum und Volkspartei halgen sich um den besten Blick an der Nachbarschaft untereinander und mit der SPD. Das Zentrum möchte, nachdem Wille keine Schuldigkeit gegen und den Untersuchungs-ausschuß durchgeführt hat, den Posten des Reichs-Außenministers mit dem jetzigen Reichs-Präsidenten Egerwald belegen und dafür das Justizministerium der Deutschen Volkspartei zukommen. Ob auf Kosten der SPD oder als Gegenleistung für einen Verzicht der Volkspartei auf das Reichs-Justizministerium ist unklar. Die Deutsche Volkspartei hält sich zurück — der „Hannoversche Kurier“ vom 29. Oktober betont nur ihre Ansprüche und meint, daß man vielleicht erst den Ausgang des Volksbegehrens und dessen Auswirkungen abwarten müsse, um allen künftigen politischen Möglichkeiten klar überblicken zu können. Unmittelbar vorher wird festgestellt, daß bisher die Volkspartei noch nicht einhellig die Koalition eingeleitet hat, so kann jene Audentung nichts anderes bedeuten, als die Hoffnung, nach einem Sturz Hugenberg infolge der Reichspräsidentenwahl mit Hilfe der dann regierungsfähig gewordenen Deutschnationalen auf die SPD einen härteren Druck ausüben zu können.

Ein solcher Druck braucht im übrigen durchaus nicht auf den Anknüpfung der SPD aus der Regierung hinauszuweisen. Man muß sich erinnern, daß mit jener Gewalt verhandeln, mit den „Revolutionären“ Deutschnationalen die „ganz große“

Koalition zu machen. Klar und deutlich bringt das die „Kölnische Volkszeitung“ vom 29. Oktober zum Ausdruck, indem sie schreibt:

„Wenn die deutsche Politik sich nach den Richtlinien orientieren würde, die der Führer des Zentrums, Abgeordneter Dr. Kaas, proklamiert hat, dann wird Herr Hugenberg auch äußerlich bald ein erledigter Mann sein, und die konservativen Kräfte können für die deutsche Republik endlich nutzbar gemacht werden. Die Sozialdemokratie ist sehr lehrhaftig, wenn sie in dem Bestreben auf Gewinnung der arbeitenden und bäuerlichen Kreise nicht von ihr ein parteipolitisches Mandat erblickt. Der Staat kann nur gewinnen, je mehr Kräfte in ehelicher Absicht an ihm mitarbeiten, und je größer die Möglichkeit zur Bildung koalitionärer Regierungen (im weiteren Sinne) sind. Das verheißt nicht die parteipolitischen Gegenläufe, sondern erleichtert die parlamentarische Regierungsbildung und hat nichts mit dem Bestreben zu tun, die Sozialdemokratie aus der Regierung zu verdrängen.“

Die SPD kann also beruhigt sein, und sie wird sich nicht lange bitten lassen: Wenn die Deutschnationalen dem bösen Hugenberg den Laufpaß geben und sich auf den Boden der kapitalistischen Republik stellen — warum soll man dann nicht auch mit den „nutzbaren konservativen Kräften“, mit dem Herrn Weltpaz und seinen Jüngern, ganz große Koalition machen? Praktisch erfüllt man ihre Forderungen ohnehin — warum sie nicht gleich in die Regierung einlassen? Die SPD, die an den Ministerstühlen als ihrem Heiligtum hängt, wird sich nicht lange bitten lassen, wenn man sie heranzieht. Die Frage ist nur, ob sie dessen würdig erscheint.